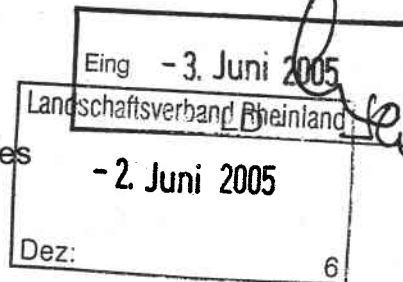




Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

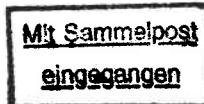
An den
Direktor des Landschaftsverbandes
Rheinland
Herrn Udo Molsberger
Kennedy-Ufer 2
50679 Köln



Haroldstraße 5,
40213 Düsseldorf
Telefon
(0211) 871 01
Durchwahl
(0211) 871 2468
Aktenzeichen
48.08.30.25-1805/05

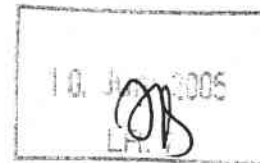
31. Mai 2005

An den
Direktor des Landschaftsverbandes
Westfalen-Lippe
Herrn Wolfgang Schäfer
Freiherr-vom-Stein-Platz 1
48133 Münster



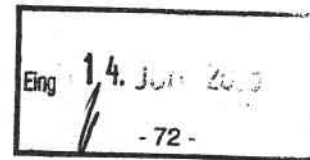
7

An den
Vorsitzenden der
Landschaftsversammlung Rheinland
Herrn Dr. Jürgen Wilhelm
Kennedy-Ufer 2
50679 Köln



72 z.V.

An die
Vorsitzende der
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Frau Maria Seifert
Freiherr-vom-Stein-Platz 1
48133 Münster



72 40

R 146

Gemeinsame Resolution der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland bzw. der Höheren Kommunalverbände in der Bundesrepublik Deutschland
Einführung eines Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Behinderungen
Ihr Schreiben vom 12.04.2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Schreiben, in dem Sie auf die Verabschiedung der gemeinsamen Resolution der beiden Landschaftsverbände über den Vorschlag zur Einführung eines Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Behinderungen hinweisen, danke ich Ihnen.

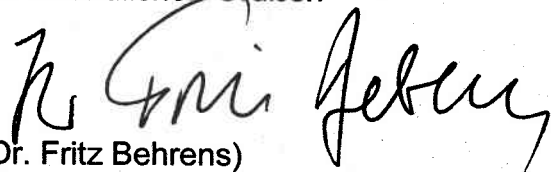
1/2

Ich teile Ihre Auffassung, dass vor dem Hintergrund der überproportional steigenden Ausgaben der Eingliederungshilfe einerseits und der angespannten finanziellen Situation der Kommunen und der Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen andererseits jede realistische und seriös evaluierte Finanzierungsform zu unterstützen ist, die eine nachhaltige Entlastung der Kommunen mit sich bringt und dabei einen angemessenen Standard der Hilfgewährung gewährleisten kann. Auch ich bin der Meinung: eine Reform ist dringend nötig!

Ich bitte Sie jedoch um Verständnis, dass ich mich nicht zu Fachfragen der Sozialhilfe äußere. Dies muss dem zuständigen Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen vorbehalten bleiben. Daher habe ich Ihr Schreiben dem zuständigen Ministerium zugeleitet und darum gebeten, die Angelegenheit aufzugreifen.

Den weiteren Fortgang der Diskussion werde ich jedoch - soweit mir das noch möglich ist - aktiv begleiten und werde dies meinem Amtsnachfolger auch ans Herz legen. Das zuständige Ministerium ist gebeten worden, mein Haus über die weitere Entwicklung zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen


(Dr. Fritz Behrens)